

Halten Sie das angesichts der globalen Probleme für eine sinnvolle Verwendung von Steuergeldern und werden Sie dieses Ziel unterstützen?

Antwort:

Nein. Ich werde das Ziel der NATO, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben, nicht unterstützen. Im Jahr 2016 betragen die Militärausgaben in Deutschland 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Umsetzung des 2-Prozent-Ziels würde eine Erhöhung der Militärausgaben von derzeit 37 Milliarden Euro auf etwa 60 Milliarden Euro bedeuten. Es wäre das größte Aufrüstungsprogramm seit Jahren und würde Milliarden Euro verschlingen – Geld, das an anderer Stelle für sinnvolle Investitionen und zur Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt fehlt. Wir brauchen keine Aufrüstung, sondern Abrüstung! Anstatt Milliarden Euro für Rüstung und Militär bereitzustellen, sollte in Programme zur Friedenssicherung investiert werden!

Rüstungsexporte

Wie sehen Sie den Zusammenhang zwischen Friedenssicherung, Konfliktprävention und Rüstungsexporten, speziell in Drittstaaten („sonstige Staaten“), wie Katar, Südkorea, Israel, Irak? Werden Sie sich für eine weitgehende Reduzierung von Rüstungsexporten einsetzen?

Antwort:

Ja. Ich werde mich für eine Reduzierung und ein vollständiges Verbot von Rüstungsexporten einsetzen. Derzeit ist Deutschland der weltweit drittgrößte Exporteur von Waffen. Jede Waffe, die aus Deutschland exportiert wird, dient der Aufrüstung eines anderen Landes. Waffenexporte fördern Unterdrückung und machen es möglich, dass anderswo in der Welt Konflikte gewaltsam ausgetragen und Kriege geführt werden. Ich bin dafür, dass Deutschland endlich seiner internationalen Verantwortung gerecht wird und die Bundesregierung keine Rüstungsexporte mehr genehmigt. Es muss Schluss sein mit der deutschen Waffenhilfe für Länder wie Saudi-Arabien oder die Türkei, in denen Menschenrechte mit Füßen getreten werden!

Bundeswehrwerbung an Schulen

Wir, wie auch der UN-Ausschuss der Rechte für Kinder, sind der Meinung, die Schule ist kein Ort für Bundeswehrwerbung! Welche Position beziehen Sie zu militärischer Information und Rekrutierung unter 18-Jähriger an Schulen? Was werden Sie konkret tun, um Rechte von Kindern in diesem Zusammenhang zu schützen?

Antwort:

Ich stimme zu. Schulen sind keine Orte für Bundeswehrwerbung. Ich lehne Rekrutierungskampagnen im öffentlichen Raum – insbesondere an Schulen – ab. Als erster Schritt muss die Rekrutierung von unter 18-jährigen beendet und das Mindestalter auf 18 Jahre angehoben werden. Dafür setze ich mich ein. Statt Bundeswehrwerbung brauchen wir mehr politische und friedenspädagogische Bildung durch Lehrkräfte. Friedenserziehung gehört verstärkt gefördert und verbindlich in den Lehrplänen und in der Lehrerfortbildung verankert.